

Im Zuge des Konzeptes der „Innenverdichtung“ wurden in Bremen-Nord bereits das Heidbergbad in Burgdamm, ein Sportplatz in St. Magnus und ein Sportplatz in Grohn bebaut. Ein unter Landschaftsschutz stehender Teil des Knoops Park soll ebenso mit hoher Dichte aufgesiedelt werden wie eine natürlich gewachsene Landschaft in Aumund (Friedhofs-Lagerplatz und Weide). Der Naturraum an der Binnendüne in Bockhorn soll ebenfalls bebaut werden. In Bremen sollen im Naherholungsgebiet Werdersee neben dem Huckelrieder Fiedhof 600 Wohnungen entstehen. Es gibt noch weitere negative Beispiele.

**Doch auf 325 Quadratkilometern Bremer Stadtgebiet wachsen die Bäume nicht in den Himmel! Wir meinen: Bei der Stadtplanung müssen die Bremer Grün- und Sozialflächen unter den Aspekten von Erholung, Gesundheit, Kommunikation und Klimaschutz für die Bürger dieser Stadt beibehalten und entwickelt werden. Der Zusammenschluss von Bremer Bürgerinitiativen „Initiativen für Bremen“ will ein Ortsgesetz zum Volkentscheid bringen, mit dem 99 Bremer Flächen und Kleingartengebiete vor Bebauung geschützt werden sollen. Unterstützen Sie unser Volksbegehren, mit dem wir die Entscheider dieser Stadt an ihre Verantwortung für ihre Bürger erinnern wollen.**

Informationen zu den Bremern-Norder Bürgerinitiativen (BIs) und Bauvorhaben finden Sie unter:

- [www.gruenes-sankt-magnus.de](http://www.gruenes-sankt-magnus.de) (BI Grünes St. Magnus)
- [www.ag-binnenduene.de](http://www.ag-binnenduene.de) (Aktionsgemeinschaft Binnendüne)
- [www.initiativen-fuer-bremen.de/Aumund.html](http://www.initiativen-fuer-bremen.de/Aumund.html) (BI Für unser lebenswertes Aumund-Hammersbeck)

Informationen zum Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen“ finden Sie in dem Presse-Artikel auf der Rückseite und unter:

- [www.initiativen-fuer-bremen.de](http://www.initiativen-fuer-bremen.de)



# Bebauungsgegner starten Volksbegehren

## „Initiativen für Bremen“ wollen mit Ortsgesetz Grünflächen schützen / Misstrauen gegen Politik

VON FRAUKE FISCHER

**Bremen.** Die Friedhofserweiterungsfläche Huckelriede soll grün bleiben, das einstige Gärtnereigelände an der Billungstraße in St. Magnus auch. Doch die Liste der Areale, die nach Ansicht der „Initiativen für Bremen“ nicht bebaut werden dürften, ist noch länger. Erreichen wollen die im Verbund aktiven Bürgerinitiativen ihr Ziel mit einem Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen“. Ein Ortsgesetz soll 99 benannte Flächen schützen: Parks, Friedhöfe, aber auch spezifische Flächen.

Olaf Dinné, Olaf Brandstaedter, Gerhard Bomhoff, Olav Kregel und ihre Mitstreiter brauchen nach eigenen Angaben für die Zulassung rund 4000 Unterschriften von Unterstützern. Dann werde das Begehren vom Senat geprüft. Damit es zu einem Volksentscheid kommt, müssen die Initiativen innerhalb von drei Monaten weitere 21.269 Unterschriften beibringen. Kommt es zur Wahl, müssten 20 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen, für das Inkrafttreten des Gesetzes müsste die Hälfte davon, rund 40.000, die Initiative unterstützen.

Aus Sicht der Anwohner, die sich etwa gegen die Gartenstadt Werdersee, Bebauung in der Billungstraße oder am Dedesdorfer Platz wenden, gibt es gute Gründe für ihr Engagement. So habe Bremen unter zehn vergleichbaren Großstädten das we-

nigste Grün pro Einwohner. Auch gehöre Bremen zu den lautesten Städten und weise eine hohe Krebsrate auf. Der „Bauwahn“ habe „unglaubliche gesundheitliche Folgen“, so Dinné. Zur Frage, was sie Bürgern entgegneten, die gern in die genannten Gebiete ziehen würden, sagte er, es würden gar nicht so viele zusätzliche Wohnungen benötigt wie vor einigen Jahren prognostiziert. Und es gebe andernorts genügend Baulücken, ehemalige Gewerbegebiete und -gebäude, die sich besser eignen, so Olav Kregel.

Auf Unterstützung durch Beiräte und Bürgerschaft bauen die Akteure nicht mehr. „Ich bin schon von Politikern jeder

Couleur belogen worden“, sagte Kregel. Dinné betonte: „Wir sind immer hinters Licht geführt worden.“

Im Bau- und Umweltressort will man etliche Argumente der Initiativen nicht gelten lassen. „Den Vorwurf, Bremen habe einen Spitzenplatz als Betonhochburg, können wir nicht nachvollziehen“, sagt Sprecher Jens Tittmann. Bremen belege „einen Spitzenplatz unter den grünen Städten“. Umfragen unter Bürgern und Bremen-Besuchern bestätigten solche Rankings. Tittmann: „Und Bremen ist ab sofort die erste Stadt, die keine weiteren Flächen versiegt. Das werden wir auch im Flächennutzungsplan festschreiben.“



Gerhard Bomhoff (links), Olaf Dinné (Mitte) und Olaf Brandstaedter gehören zu den Vertretern von „Initiativen für Bremen“, die ein Volksbegehren anstrengen.

FOTO: FRANK KOCH